

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

5. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

11. Mai 2021

Danke heißt mehr Gehalt! LINKE Forderungen zum 1. Mai

Zum Ersten Mai 2021 erklärt der Stadtvorstand von DIE LINKE Halle:

„Wir sind froh darüber, dass es heute in Halle und in ganz Deutschland zum Tag der Arbeiter:innen etliche Gewerkschaftsdemonstrationen gab, die die Notwendigkeit einer solidarischen und sozialen Politik deutlich gemacht haben. Wir können uns den Forderungen des DGB nur mit Nachdruck anschließen, denn gerade in der Corona-Krise brauchen wir endlich eine politische Offensive für bessere Löhne, einen starken Sozialstaat und öffent-

liche Investitionen, die den Namen auch verdient haben.“

Es muss ein Kernanliegen sozialer Gerechtigkeit sein, den Mindestlohn auf mindestens 13 Euro zu erhöhen, damit der offensichtlich systemrelevante Niedriglohnssektor davon profitiert. Außerdem muss sich die Politik in Sachsen-Anhalt klar hinter die Forderung stellen, die Tarifabdeckung endlich zu erhöhen.

Hier muss der Staat mit gutem Beispiel vorangehen und sich ein Vergabegesetz mit den höchsten sozialen Standards geben.

Außerdem muss die Landesregierung mit der Politik des Rotstiftes brechen. Nach der Krise darf nicht gekürzt werden, vielmehr müssen Kommunen, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten auf eine neue solidarische Finanzierungsgrundlage gestellt werden, damit das Wirtschaftsleben tatsächlich in Schwung kommt und die öffentliche Daseinsvorsorge ihren Namen wieder verdient!“



Aus der letzten Stadtratssitzung am 28. April 2021

Die Stadtratssitzung fand wieder als Präsenzsitzung statt, aber auf Grund der Inzidenzzahlen musste die Sitzung wieder auf 3 Stunden plus Pause reduziert werden. Die Tagesordnung wurde entsprechend reduziert.

Dazu aber noch später.

Herr Geier, Bürgermeister der Stadt Halle, gab einige Informationen im Rahmen des Berichtes des Oberbürgermeisters. So führte er aus, dass die Stadt Halle (Saale) an 10.000 zufällig ausgewählte Haushalte Fragebögen verschickt hat. Diese dienen der Erstellung eines Mietspiegels für die Stadt Halle (Saale). Im Herbst soll dieser dann im Stadtrat vorliegen.

Er informierte auch darüber, dass es jetzt mehr Grün auf dem halleschen Marktplatz geben wird. Die Stadt Halle (Saale) investiert 100.000 Euro für Kübel mit Grünpflanzen, Stauden und Sommerblumen. Interessant war auch die Mitteilung, dass in den Frankeschen Stiftungen die kulturelle Themendekade eröffnet wurde. Das kulturelle Themenjahr 2021 steht unter dem Motto: „Hallexa, siede Salz! Salz und Digitalität“. Es gibt zahlreiche Veranstaltungen, die je nach Pandemie-lage analog, Hybrid oder digital stattfinden.

Beschlossen wurde im Stadtrat die Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Bauwerks- und Hofbegrünung in der Stadt Halle. Ein wichtiger Beitrag in Zeiten des Klimawandels! So kann z.B. das Mikroklima verbessert werden und mehr Lebensraum direkt vor der Haustür geschaffen werden.

In der entsprechenden Richtlinie sind Art und Umfang der Finanzierung beschrieben. Antragsberechtigt sind Grundstückseigentümer oder sonstige Verfügungsberechtigte über ein Grundstück.

In Halle-Neustadt, in der Muldestraße, kann ein neues Wohngebiet entstehen. Der entsprechende Bebauungsplan (Abwägungsbeschluss) wurde verabschiedet.

Verabschiedet wurde auch eine Richtlinie für die Vergabe der Ehrenbezeichnung Kammersänger/in an der Theater-, Oper- und Orchester GmbH Halle (Saale).

Beschlossen wurde im Stadtrat der Antrag unserer Fraktion zur Einführung von Gesundheitskonferenzen. Mit der Einführung der Gesundheitskonferenzen im Jahr 2022 sollen Beratungen von Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene aufgerufen werden. Themen wie z.B. Kinder- und Jugendgesundheit, seelische Gesundheit/ Depression, Situation von medizinischen Fach- und Pflegepersonal, gesundheitliche Unterstützung von Menschen in prekären Lebenslagen u.a. m. sollten dabei sein. Gleichzeitig sollen Gesundheitskonferenzen die Erarbeitung von Empfehlungen und Stellungnahmen an die Kommune und den Stadtrat aufnehmen.

Einige Diskussionen gab es zu einem Antrag der SPD-Fraktion, der anregte, das Gelände des „Alten Schlachthofes“ als Schulstandort für eine weiterführende Schule zu nutzen.

Der Antrag wurde abgelehnt. Auch wir haben dagegen gestimmt. Eine Schule wird im halleschen Osten sehr wohl gebraucht, der Standort ist aber dafür nicht geeignet, so führte Hendrik Lange in der Diskussion aus.

Recht heftig wurde ein Antrag der Fraktion Hauptsache diskutiert, der beinhaltete, je Fraktion ein Mitglied in den Pandemiestab der Stadt Halle zu entsenden. Die Stadtverwaltung argumentierte dagegen, weil diese Arbeit absolut in das Aufgabengebiet der Verwaltung und nicht in das der Stadträte gehört. Diese Auffassung teilen wir.

Bodo Meerheim stellte den Antrag auf Unzulässigkeit, er fand aber keine Mehrheit. Der Antrag an sich wurde auch mehrheitlich abgelehnt.

Anträge, die zu dieser Stadtratssitzung neu eingestellt wurden, sind aus Zeitgründen direkt zur weiteren Bearbeitung in die Fachausschüsse verwiesen worden.

Dazu gehörte unser „Antrag zur kostenlosen Abgabe von Menstruationsartikeln für Kinder und Jugendliche in städtischen Schulen und kommunalen Bildungseinrichtungen“ sowie ein Antrag mehrerer Fraktionen zum Ausbau des Freifunknetzes in Halle (Saale).

Ute Haupt

Zum Bürgerentscheid zur weitestgehend autofreien Altstadt am 6. Juni und zur gerade gestarteten Petition von Halle Zero erklärt die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle:

„Eine sich verändernde Umwelt erfordert auch in unserer Stadt kluge Anpassungen. Es gibt mehrere Entwicklungen, die Halle und insbesondere die Altstadt vor neue Herausforderungen stellen. Der Einzelhandel in der Altstadt hat schon seit Jahren und bereits vor der Corona-Krise mit der Konkurrenz durch Outlets im Umkreis und vor allem durch die Online-Giganten wie Amazon und Co. zu kämpfen. Dieses Problem ist nicht auf Halle beschränkt, zeigt sich aber vor Ort mehr als deutlich. Hier muss die Kommunalpolitik Möglichkeiten schaffen, die Altstadt als Ort zu stärken, an dem man sich gerne aufhält.

Außerdem konnten wir bereits im letzten Jahr eine Hitzewelle erleben, die eine Vorschau auf durch den Klimawandel ausgelöste Extremwetterphänomene gibt. Es ist deshalb auch im Interesse Halles, alles gegen eine weitere Verschärfung der Situation zu tun, was möglich ist.

Das heißt in dem Fall, dass wir einen Plan für eine möglichst zeitnahe Klimaneutralität brauchen und gleichzeitig vor allem unsere Altstadt so gestalten müssen, dass sie auch mit den Folgen des Klimawandels lebenswert ist.

Ein Projekt, welches beide Punkte zusammenbringt, findet sich in dem Konzept für eine weitestgehend autofreie Altstadt. Dieses Projekt ist ein unverzichtbarer Meilenstein für die Klimaneutralität und gibt uns



gleichzeitig die Chance, neue Potentiale für die Steigerung der Aufenthaltsqualität zu gewinnen. Wir können neugewonnenen Platz nutzen und ihn gemeinsam gestalten!

Deshalb bitten wir die Hallenser:innen: Stimmen Sie am 6. Juni beim Bürgerentscheid mit Nein! Stimmen Sie gegen die Verhinderung eines Konzeptes für eine weitestgehend autofreie und lebenswertere Altstadt! Außerdem müssen wir weitere Meilenstein hin zu einem ökologischen Halle errichten.

Deshalb unterstützen wir die Petition von Halle Zero, die für die Klimaneutralität bis 2030 eintritt.“

Terminhinweis vom ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club)

Online-Präsentation des Fahrradklima-Test für Halle (Saale) am 20.05.2021

Link: <https://www.gotomeet.me/ADFC-Sachsen-Anhalt-viko1/fkt-in-halle> (Code 856-127-213)

Bitte bei Interesse unter diesem Link anmelden oder unter 0391/7316645 nachfragen.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
07.05.2021
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 10.06.2021

Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt
Stefan Gebhardt, Landesvorsitzender DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

»Nehmt den Wessis das Kommando!«

Einstieg in eine notwendige Debatte.

Gläserne Decke für Ostdeutsche: „Der Wessi ist immer der Chef“

Drei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit gilt für die Mehrheit der Ostdeutschen. **„Der Wessi ist immer der Chef“**¹. In Ostdeutschland werden zwei Drittel der hundert größten Unternehmen von Westdeutschen geführt.² Auch sonst gilt es als normal, dass Ostdeutsche auf den Kommando-Brücken nichts zu melden haben. „Gerade in den Konzernen, die sich sonst mit Diversity-Initiativen ... schmücken, sind ostdeutsche Spitzenkräfte rar“, stellte das Handelsblatt im September 2020 fest. Und weiter: „Auf der einen Seite die ‚Wessis‘, die die Republik verwalten, regieren und gestalten. Auf der anderen die ‚Ossis‘, die unter den Mächtigen und Einflussreichen kaum zu finden sind.“ Warum dies so ist? Den Ostdeutschen fehlen halt die interessanten beruflichen Biografien, meint der Autor und: **„Wessis befördern Wessis“**³. Im Dezember 2020 legte eine Kommission des Deutschen Bundestages einen Bericht zum Stand der deutschen Einheit vor, der seitenweise Daten über die „Minderrepräsentanz“, der Ostdeutschen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft liefert. **„In ganz Ostdeutschland werden nur knapp ein Viertel aller Spitzenpositionen in Verwaltung, Justiz, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft mit Ostdeutschen besetzt** (bei einem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von über 85 Prozent)⁴. Die FAZ resümiert: **„Ostdeutsche sind dramatisch unterrepräsentiert“**⁵. „Ein absolut unhaltbarer Zustand“⁶, so der frühere brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck. Das klingt zupackend. Doch schon 2017 hielt die damalige Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, „die Unterrepräsentanz der Ostdeutschen für demokratie-gefährdend“⁷. Die Ergebnisse der Potsdamer Elite-Studie von 1995⁸ wiesen übrigens für Führungspositionen in den neuen Bundesländern noch einen Ost-Anteil von 60 Prozent aus. Dennoch gilt weiterhin das Prinzip des Nichtstuns. Denn eine Quote für Ostdeutsche will die Kommission immer noch nicht empfehlen, sie sei so Platzeck, „weder

justitiabel noch praktikabel.“ Platzeck und Gleicke haben wenigstens ein schlechtes Gewissen. **Das Kabinett Haseloff hält die Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in Leitungspositionen für „naturgemäß“ und „zwangsläufig.“**⁹

Über diese organisierte Verantwortungslosigkeit erregt sich niemand, sondern diejenigen, die auf überfällige Veränderungen bestehen, werden an den Pranger gestellt.

¹ www.springerprofessional.de/personalmanagement/transformation/der-wessi-ist-immer-der-chef/17223048

² Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Stand Januar 2021, S.398/99; [http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/47aafdf07c362a6c-125868f002b0c6a/\\$FILE/ARB_6-Entwurf.pdf](http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/47aafdf07c362a6c-125868f002b0c6a/$FILE/ARB_6-Entwurf.pdf)

³ www.handelsblatt.com/karriere/30-jahre-mauerfall-warum-ostdeutsche-noch-immer-selten-karriere-machen/25048834.html?ticket=ST-4846604-dLfOoWDOle1pEDfrDOq3-ap2

⁴ Deutscher Bundestag, Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit, Drs. 19/26215, S. 80: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/262/1926215.pdf>

⁵ www.faz.net/aktuell/politik/inland/ostdeutsche-dramatisch-unterrepraesentiert-17090694.html

⁶ a.a.O.

⁷ www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2017/20171009-anhaltende-unterrepraesentanz-von-ostdeutschen-in-fuehrungspositionen.html

⁸ www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/

deutschlandarchiv/296773/kaum-posten-fuer-den-osten

⁹⁾Landtag von Sachsen-Anhalt, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt, Land Sachsen-Anhalt: Dreißig Jahr Land der Bundesrepublik Deutschland, 25.02.2021, Drs. 7/7329, S. 5

Wie ist die Situation in Sachsen-Anhalt?

Für die gezielte Personalentwicklung jungen, ostdeutschen Nachwuchses wird zu wenig getan. Nach einer Erhebung aus dem Jahre 2018 kamen in den meisten Ministerien die Mehrzahl der Leiter:innen von Abteilungen, Referaten und Stabstellen aus dem Westen.¹⁰ Die Minderheit der Rektor:innen und Präsident:innen der Hoch- und Fachschulen kommen aus dem Osten. In einigen Landesbehörden, wie z.B. dem Uniklinikum Halle oder auch der Polizei, ist der Anteil der ostdeutschen Führungskräfte gegenüber den späten 90er Jahren sogar noch gesunken. Deswegen brauchen wir eine gezielte Förderung des ostdeutschen Nachwuchses in jeder Landesbehörde. Befristete Arbeitsverträge für Berufseinsteiger sollten der Vergangenheit angehören, damit junge Leute nicht abwandern.

Wenn Angehörige einer bestimmten Gruppe trotz entsprechender Qualifikation nicht aufsteigen, spricht man in der Soziologie von einer gläsernen Decke (glass-ceiling-effect)¹¹. Die Schlussfolgerung aus dieser Debatte heißt Gleichstellung per Gesetz. Durch informelle und marktbasierende Mechanismen ist sie nicht herstellbar.

Ausbeutung der Ost-West-Unterschiede

Im Osten wird billig produziert. Das Geschäftsmodell der Niedriglohnzone Ost sichert die verlängerten Werkbänke für die Konzerne im Westen ab. Ostdeutsche sind auf dem Lohnzettel Bürger:innen zweiter Klasse. Sie arbeiten länger und verdienen rund 20 Prozent weniger als Beschäftigte in den alten Ländern. Die innerdeutsche Lohnlücke frustriert viele Menschen, weil sie das Gegenteil des propagierten Leistungsprinzips darstellt. In Sachsen-Anhalt arbeiten die Menschen durchschnittlich 75 Stunden länger im Jahr und erhalten fast 3.000 Euro weniger Jahreslohn

als im Nachbarland Niedersachsen¹². Das sind übrigens auch im Bundesvergleich die längsten Arbeitszeiten. Rund ein Drittel der ostdeutschen Vollzeitbeschäftigten arbeiten zu Niedriglöhnen. In Westdeutschland sind es 16 Prozent. Der Hälfte der Vollzeitbeschäftigten in den neuen Ländern droht eine Minirente, trotz jahrzehntelanger Arbeit. Im Niedriglohnland Sachsen-Anhalt sind etwa 100.000 Kinder arm oder von Armut bedroht. Die Anzahl der Firmen mit Hauptsitz in Sachsen-Anhalt ist rückläufig. Allein im Zeitraum von 2006 bis 2018 hat das Land fast 10.000 kleine und mittelständische Betriebe verloren.

Dies geht einher mit dem Rückzug des Staates und der öffentlichen Daseinsvorsorge aus der Fläche. Seit 1991 sind in Sachsen-Anhalt 872 Schulen und 749 Kindertageseinrichtungen sowie 23 Krankenhäuser geschlossen worden. Der Abbau der öffentlichen Infrastruktur hat ganze Städte und Gemeinden abgehängt. Rund 678 Kilometer Schiene der Deutschen Bahn sind seit 1995 in unserem Bundesland stillgelegt worden. In keinem Bundesland wurde mehr abgebaut als in Sachsen-Anhalt. Allein seit dem Jahr 2000 wurden 98 Bahnhöfe stillgelegt. Dieser „Abbau Ost“ muss dringend gestoppt werden.

Das Fortbestehen ungleichwertiger Lebensverhältnisse ist kein Betriebsunfall der deutschen Einheit, sondern politisch gewollt. Von der Ausverkaufspolitik der Treuhand, dem Plattmachen der ostdeutschen Konkurrenz über die Absicherung der Niedriglohnzone Ost durch die Agenda 2010 und die verstärkte Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zieht sich eine politische Linie. Sie besteht in der Ausbeutung der Ost-West-Unterschiede als wirtschaftliches Geschäftsmodell, dessen soziale Folgeschäden mit Staatsgeldern bezahlt werden müssen. Die konsequente Fortsetzung dieser Politik ist das Fernhalten der Ostdeutschen von den Schlüsselstellen in Staat und Gesellschaft.

¹⁰⁾Antwort der Landesregierung auf die kl. Anfrage der Abg. Eva von Angern und Kristin Heiß (DIE LINKE), Drs. 7/3455, 12.10.2018

¹¹⁾David A. Cotter, Joan M. Hermsen, Seth Ovadia, Reece Vanneman: The glass ceiling effect. (PDF; 2,6 MB) In: Social Forces. 80, Nr. 2, 2001, S. 655-681.

doi:10.1353/sof.2001.0091

¹²⁾Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland), 2019

Ostdeutsche Interessen und Identitäten

Seit Jahrzehnten erleben wir immer wieder das gleiche Schauspiel. Bestehen Ostdeutsche auf ihrer Kritik an den Missständen, verlangen sie die Korrektur ihnen übergestülpter Strukturen, gilt das als unangemessenes Verhalten. Was gut für den Osten ist, wird im Westen bestimmt. Das ist Bevormundung.

Die Konsequenzen sind alles andere als verwunderlich. Nach einer Allensbach-Umfrage fühlten sich 2019 47 Prozent der Bürger:innen Ostdeutschlands ausschließlich als Ostdeutsche,

44 Prozent geben eine gesamtdeutsche Identität an.¹³ Der Begriff der (ostdeutschen) Identität ist vieldeutig, eine Frage des politischen Blickwinkels, der Herkunft und der Erfahrung. Für unsere Debatte ist vor allem von Belang, dass ostdeutsche Identitäten als etwas wahrgenommen werden, was zu verschwinden hat, als etwas, was nicht normal ist. Eine Abweichung, die man duldet, aber nicht akzeptiert. Und auf die besser nicht bestanden wird, wenn man Karriere machen will. Osis, werdet Westdeutsche! So lautet seit dreißig Jahren das Kommando. Der Eigensinn und die Renitenz, mit der viele Ostdeutsche dies seitdem ignorieren, wird ihnen wohl am meisten übelgenommen.

Wenn Ostdeutsche ihre Erwartungshaltungen an das, was der Staat zu leisten hat, äußern, halten sie mehrheitlich viel von einem funktionierenden Schulsystem, gemeinsamen Lernen, flächendeckenden Kitas, öffentlichen Krankenhäusern, Gemeindeschwestern auf dem Dorf, einheitlicher Sozial- und Gesundheitsversicherung, höherer Bildung für alle und erschwinglichen Mieten. Die regelmäßigen Sachsen-Anhalt-Monitore belegen das. Im Unterschied zu Westdeutschen, die Gleiches fordern, wird ihnen jedoch reflexartig die alberne Vorhaltung gemacht, die DDR zurückzuwollen und damit die Berechtigung ihrer politischen Meinung abgesprochen.

Ähnlich wie in dem untergangenen anderen deutschen Staat wird vor allem Dankbarkeit und Unterordnung

unter das Bestehende erwartet, so als ob die Ostdeutschen seit der Wiedervereinigung nichts Eigenes geleistet und hervorgebracht hätten und die Leistungen in den Jahren davor nichts zählen.

Im Umgang mit ostdeutschen Biografien, Lebensentwürfen und Interessen hat sich im dreißigs-ten Jahr der deutschen Einheit eine Un-Kultur der Verachtung verfestigt, vor der sich noch immer zu viele Ost- wie Westdeutsche gleichgültig oder resigniert wegduckten. An dieser Stelle sagen wir: Wir sind dankbar dafür, dass wir durch unsere ostdeutsche Herkunft, so viel Solidarität, Widerspruchsgeist und Toleranz erfahren und gelernt haben. Deswegen verstehen wir es als Teil unserer demokratischen Verantwortung, uns kritisch mit der herrschenden Erinnerungspolitik auseinanderzusetzen, die immer wieder verdienten ostdeutschen Persönlichkeiten systematisch die Wertschätzung versagt. Gerade in Sachsen-Anhalt wurden in jüngster Zeit durch den herabsetzenden Umgang mit Sigmund Jähn und Täve Schur besonders traurige Beispiele dafür geliefert. Wir wissen, auch in Sachsen-Anhalt fühlen sich viele Menschen auf Grund ihrer ostdeutschen Biografie zurückgesetzt, dies hat schwerwiegende Folgen für die Bewertung demokratischer Institutionen in unserer Gesellschaft.

Der Zukunft zugewandt

Im dreißigsten Jahr der deutschen Einheit ist das starre Festhalten an Strukturen und Verhaltensmustern der alten Bundesrepublik kein Zeichen von geistiger Souveränität und politischer

¹³⁾Renate Köcher, Deutsche Fragen - deutsche Antworten: Das ostdeutsche Identitätsgefühl, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24.7.2019.

Gestaltungsmacht.

Keiner Gesellschaft bleibt der Preis für das Versagen ihrer Eliten erspart. In der gegenwärtigen Krise werden allen die Ungerechtigkeiten unseres Sozialsystems, die Schwächen unseres Bildungs- und Gesundheitssystems schonungslos vorgeführt. Was dagegen gut funktioniert, ist die skrupellose Bereicherung der Wenigen auf Kosten der Vielen.

Unser Land verändert sich und muss seinen Weg in einer sich unumkehrbar globalisierenden Wirtschaft,

in einer Welt, die vor gemeinsamen Herausforderungen, wie dem Klimawandel steht, neu bestimmen. Die bestehenden Ost-West-Disparitäten sind dabei ein ungelöstes Problem von vielen.

Doch die Bereitschaft der Menschen, Veränderungen mitzugestalten und Reformen mitzutragen, nimmt unweigerlich ab, wenn die Lösung ihrer unmittelbar existenziellen Probleme, wie die fortbestehende Lohn- und Rentenungerechtigkeit, weiter auf die lange Bank geschoben wird.

Unser demokratischer Staat ist gefährdeter denn je, weil sich viele Menschen von ihm abgewandt haben. Auch hier ist die Minderrepräsentanz von Ostdeutschen in den Schlüsselpositionen von Wirtschaft und Politik, Verwaltung und Wissenschaft eine Ursache.

In unserer Gesellschaft wird viel über Partizipation und Mitgestaltung geredet und viel zu wenig dafür getan.

Dieser schöne Schein verblasst sehr schnell, wenn es um die abgeschotteten Besitzstände und Machtpositionen alter Eliten geht. Die Botschaft, die sich damit

verbindet, ist längst im Alltag angekommen und sie betrifft nicht nur Ostdeutsche: Demokratie ist, wenn ihr draußen bleibt.

Diesen Zuständen haben viele Menschen in vielen Bereichen seit langem den Kampf angesagt. Wenn dabei die Kritik im Saale bleibt oder auf Konferenzen und in wissenschaftlichen Studien geäußert wird, darf sie auf ein gewisses Verständnis hoffen. Aber nur, solange keine ersthaften Konsequenzen eingefordert werden.

Und für die ostdeutsche Verwaltung, die Gerichte und Staatsanwaltschaften, die Wissenschaftsinstitutionen, das Management der bestimmenden Unternehmen, heißt dies „Nehmt den Wessis das Kommando!“

Besser



Briefwahl für mehr „Soziale Gerechtigkeit“

Vielerorts werden die ersten Plakate aufgehängt oder hängen schon.

Bald werden die Wahlbenachrichtigungskarten versendet. Damit wird es möglich sein, Briefwahlunterlagen zu beantragen und sein „Kreuzchen“ zur Landtagswahl per Brief zu machen. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gab es eine enorme Briefwahlbeteiligung von sogar 65%.

Schon bald werden alle Wahlberechtigten ihre Wahlunterlagen erhalten. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte ist ein Briefwahlantrag aufgedruckt. Wer per Briefwahl abstimmen möchte, füllt diese Seite aus und schickt sie an das Wahlamt zurück. Beim Antrag auf Briefwahl muss man keinen Grund angeben. Bei der Briefwahl bekommen Wahlberechtigte den Stimmzettel per Post nach Hause geschickt, füllen ihn dort aus und schicken ihn anschließend per Post an das Wahlamt zurück.

Die Briefwahlunterlagen können im Wahlamt auch persönlich beantragt und abgeholt werden. Dort besteht auch die Möglichkeit, die Stimme vor Ort abzugeben. Die Briefwahlunterlagen können durch eine*n mit schriftlicher Vollmacht und der entsprechenden

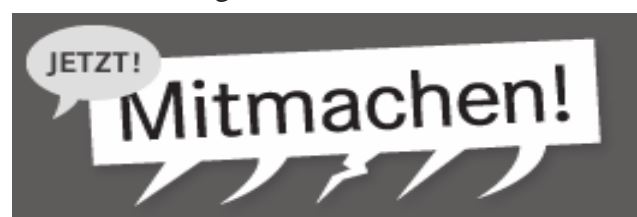
Wahlbenachrichtigungskarte ausgestattetem Vertreter*in abgeholt werden. Also alles ziemlich einfach!

Auf Grund der weiterhin angespannten Pandemie-Situation und um ein Infektionsrisiko weitestgehend auszuschließen, aber trotzdem an der Wahl teilnehmen zu können, sollte zum Schutz aller verstärkt von der Möglichkeit der Stimmabgabe per Briefwahl Gebrauch gemacht werden.

Damit keine Stimme für DIE LINKE verloren geht, bitte ich euch: Sprecht Freunde, Verwandte und Nachbar*innen an und klärt sie über diese Möglichkeit auf. Informiert euch, wo ihr die Unterlagen abholen und abgeben müsst und gebt eure Informationen weiter.

Und nicht zuletzt: Bietet eure Hilfe an!

Eure Eva von Angern



Leserbriefe

Vor der Wahl und nach der Wahl

Mit der Parole „Nehmt den Wessis das Kommando“ bei einer Wahlkampfveranstaltung unserer Partei wurde ein Wunschgedanke aufgegriffen, der bei vielen Bewohnern der neuen Bundesländer in den Hinterköpfen schlummert. Es ist eine nicht hinnehmbare Tatsache, dass westdeutsche Beamte und Fachkräfte mehrheitlich die Spitzenpositionen in Politik, Justiz, Wirtschaft, Kultur und Bildung einnehmen. Wobei ostdeutsche Fachkräfte in den alten Bundesländern kaum eine Chance haben, ähnliche Positionen zu erreichen, das ist das Ergebnis einer dreißigjährigen Entwicklung im Einigungsprozess. Dieser Verlauf war kaum partnerschaftlich, sonderneher vormundschftlich. So sind die Beziehungen im Denken zwischen Ost und West zu Verhältnissen von unten und oben sowie von Regierten und Regierenden verkommen.

Diese Schiefelage zu ändern, ist eine langwierige Aufgabe. Wer einmal in Position ist, versorgt Verwandte, Bekannte und Studienfreunde mit lukrativen Stellen. Für Veränderungen an dieser Stelle sind Quotenregelungen eh herein untaugliches Mittel. Hierzu müssen

wir andere Wege gehen, das heißt, wir müssen selbstbewußter unsere Vorzüge und Stärken beweisen, auch wenn wir dann von denen in den Spitzenpositionen nicht gefallen, kritisiert und vielleicht auch diffamiert werden. Dafür brauchen wir ein ostdeutsches Forum. Es könnte eigentlich nur von den Landtagsfraktionen der neuen Bundesländern gebildet und organisiert werden.

Vielleicht könnte unsere neue Landtagsfraktion DIE LINKE die Initiative ergreifen und die betreffenden Fraktionen einladen, denn wir in Sachsen-Anhalt liegen geographisch in der Mitte. Das Ansprechen unserer Interessen ist der Anfang für Aktivitäten. Die Wähler in den neuen Bundesländern sollten oder müssen mehr und mehr den Eindruck gewinnen, wenn sie ihr Kreuz bei unserer Partei machen, wählen sie sozial, ökologisch und ostdeutsch.

Um uns richtig zu verstehen, es geht nicht schlechthin gegen den Westen. Unsere Solidarität gilt in den alten Bundesländern uneingeschränkt den Gewerkschaftern, den Friedensaktivisten, den Umweltschützern, den Globalisierungskritikern und weiteren Initiativen, die um ihre sozialen Rechte kämpfen.

Hajo Gunkel

Wortmeldung:

Amüsantes Plakat?

„Nehmt des Wessis das Kommando.“, ist die Hauptaussage des Plakats. Wenn ein Plakat noch erklärt werden muss, dann halte ich es für misslungen. Eva v. Angern meint, es sei ein Volltreffer und man habe damit den Nerv getroffen. W. Gallert äußerte sich ähnlich. Bodo Ramelow zeigte sich amüsiert und sieht darin eine Vorlage zur Debatte über Ost-Erfahrungen zur Besetzung von Führungspositionen. M. E. sollte ein Plakat im Wahlkampf zielsicher ins Auge treffen, meinerwegen auch mit einem ordentlichen Schuss Humor. Aufmerksamkeit um jeden Preis erreichen zu wollen, geht meist ins Auge. Mit dem „Frauerversteher“ von vor vier Jahren haben wir ja auch nicht die besten Erfahrungen gemacht.

Ich bin für Klarheit plus Humor. Aber das muss man eben können.

Wer kreiert bei uns eigentlich solche Plakatideen?

Über gute muss man schon eine gewisse Zeit gründlich brüten.

Wortmeldung:

Profilierungssucht?

Die Profilierungssucht scheint eine verbreitete menschliche Eigenschaft zu sein.

Die einen haben zu viel davon, die anderen zu wenig, die im Mittelfeld bemerkt man kaum oder gar nicht. S. Wagenknecht hat offensichtlich etwas zu viel davon, deshalb ihre Fehler in der Analyse in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund, auf Fridays for Future und auf die PiS-Regierung.

Dabei hilft auch nicht die klägliche Ausrede „aus dem Zusammenhang gerissen“. Falsch bleibt falsch. Was soll's, jeder macht Fehler.

Aber nun taucht S. Wagenknecht auch noch auf einem AfD-Plakat in Sachsen-Anhalt auf. Spätestens jetzt muss sie sich doch fragen, ob bei ihr nicht etwas schief läuft - wo sie doch sonst die Kapitalgesellschaft messerscharf zu sezieren weiß, was bei mir immer wieder Bewunderung erzeugt hat.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

Gut, nicht nur in Krisenzeiten: Rezitieren!

Diese Bemerkung machte ich spontan, als ich merkte, wie sehr Amanda Gorman mit ihrer Rezitation zur Amtseinführung des amerikanischen Präsidenten J. Biden die Anwesenden und, wie sich bald herausstellte, weit darüber hinaus auch viele Amerikaner und Nichtamerikaner berührte oder gar aufrüttelte: „Rezitieren ist eine Lebensweise!“ Verstärkend wirkte, dass A. Gorman ihren eigenen Text rezitierte, einen Text in freien Rhythmen. Und dann verkündete sie noch selbstbewusst, dass sie mit 36 amerikanische Präsidentin werden wolle. Eine Dichterin und Rezitatorin als Präsidentin? Mit der bis dahin entfalteten Gefühlswelt und dem Selbstbewusstsein einer Frau wird sie garantiert eine ganz andere Repräsentantin ihres Landes werden als alle anderen Präsidenten vor ihr.

Von Kindesbeinen an ist das Rezitieren sogar eine prägende Lebensweise, wie ich oft genug bei meinen eigenen Kindern feststellen konnte, neben dem Singen, dem Erzählen von Geschichten und dem Vorlesen von Märchen u. ä. Ein Gedicht ist geradezu wie geschaffen für eine Rezitation. Es liegt geschrieben vor uns, aber nicht so, wie es aus Platzgründen häufig in der Presse wiedergegeben wird, sondern in einer bestimmten Struktur, das macht ihren Reiz aus. Vergleiche selbst einmal anhand des Gedichts „Ein kleines Lied“ von Marie von Ebner-Eschenbach: „Ein kleines Lied, wie geht’s nur an, / dass man so lieb es haben kann? / Was liegt darin? Erzähle! // Es liegt darin ein wenig Klang, / ein wenig Wohllaut und Gesang / und eine ganze Seele.“ So gut wie nichtssagend, aber wie sieht das aus, wenn es Struktur annimmt? Schau selbst!

Ein kleines Lied

Ein kleines Lied, wie geht’s nur an,
dass man so lieb es haben kann?
Was liegt darin? Erzähle!
Es liegt darin ein wenig Klang,
ein wenig Wohllaut und Gesang
und eine ganze Seele.

Die Klangwelt dieses Gedichts fordert doch geradezu zum Rezitieren heraus. „Mich weniger“, wirst du sagen, „ich kenne die Klangwelt meines Hammers, der das glühende Eisen schmiedet, aber zugegeben, durchaus mit ganzer Seele!“ Ich glaube, einer, der so

denkt, kann dieses Gedicht wie seinen Hammer zum Klingeln zu bringen. Er wird daran Spaß haben, und noch viel mehr sein dreijähriger Sohn, der ihm vor dem Nachtschlaf aufmerksam zuhört. Zunächst wird sich Papa sicher in dieses Gedicht hineindenken wollen und je mehr er das tut, umso mehr verankert er die einzelnen Verszeilen in seinem Inneren.

Der Dichter Walther Petri hat diesen Vorgang einmal so beschrieben:

Ein Gedicht lernen,
wie fängt man das an?
Inwendig, bis man’s
auswendig kann.

Und nicht nur das, Zeile für Zeile bleibt in seinem Gedächtnis haften und er kann beim Rezitieren seinem Sohn unentwegt in die Augen schauen und genau sehen, wie er reagiert. Darüber wird er sich freuen und er wird merken, dass diese Art des Rezitierens nicht nur eine gute Gedächtnisschule, sondern auch eine prima Kommunikationsform ist. Und wenn er dann noch irgendwann erfährt, dass Kinder ab der 8. Woche ihres Lebens auf diese Weise an ihrem sprachlichen Konzept basteln, dann wird er nicht müde werden, so weiterzumachen. So beginnt für seinen Sohn übrigens die erste gute Vorbereitung auf die Schule. Das kann man auch vom Singen, Vorlesen und Erzählen sagen.

Und plötzlich erinnert sich der sich eifrig Bemühende, dass er in der Schule, etwa 5./6. Klasse, ein Elfchen hatte schreiben müssen, das seiner Lehrerin sehr gefiel. Für diejenigen, die es vergessen haben: Ein Elfchen ist ein kurzes Gedicht, das aus genau 11 Wörtern in einer festgelegten Struktur besteht: erste Zeile ein Wort, zweite zwei, dritte drei, vierte vier, fünfte Zeile wieder ein Wort.

Es gelang ihm nach einiger Zeit sogar, sich seines Textes zu erinnern:

Steine
im Weg.
Spring drüber hinweg!
Aber schau auch zurück:
Steinchen.

Und nun verstehen wir auch, warum dieses Elfchen

seiner Lehrerin so gut gefiel; sie hat sofort seinen philosophischen Gehalt erspürt. Von nun an verfiel er ins Grübeln, man kann schon sagen: in ein poetisches Grübeln, und erstieß dabei auf einen Vogel aus seinem Schrebergarten: den Gartensperling. Ihm widmete er seinen Gedanken-Ausflug und ließ seinen 3-jährigen Sohn vor dem Einschlafen daran teilhaben:

He, ihr Sperlinge,
euer Gesang erklinge,
frech und frohgemut!
Ahnt denn keiner,
wie gut das tut?

So entstand das erste Gedicht des jungen Schmieds. - Du wirst mir diese Geschichte nicht glauben! Du tust recht daran, denn sie ist erfunden. Aber vielleicht ergeben sich ja doch irgendwann und irgendwo Ähnlichkeiten? Und nicht ganz nebenbei: In Pandemiezeiten kann vieles möglich werden. Und allgemein: Rezitieren gilt als gute rhetorische Schulung!

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

Mitgliederbrief von Jelena Kaplanek

Liebe Anja und Jan

Danke für Euren Brief.

Ja, wir durchleben sehr schwere Zeiten.

Es sind alle betroffen, es ist alles anders und es wird alles anders.

Es darf nicht zu Kürzungen im Sozialbereich kommen. Das Gesundheitssystem muss auch gründlich reformiert werden, nicht immer mehr Geld für Ärzte und Kaputtsparen bei Patienten, kein Missbrauch von Datenschutz und Digitalisierung (an den Patienten vorbei), dafür aber neue Behandlungsmethoden, neue Mess- und Bewertungsmethoden, mehr Rechte für Patienten und mehr Verantwortung der Ärzte für Falschbehandlungen (kollektive Haftung)!

Wir brauchen ursächliche, ganzheitliche Medizin.

Jede Krankheit hat Ursachen, das sind nicht immer Erbbelastungen, Umwelt und Lebensweise. Das ist zum Teil auch symptomatische oder falsche Behandlungen mit ihren ganzen Nebenwirkungen. Alle haben Recht auf gesundheitliche Versorgung. Die Gesund-

heit bestimmt unser ganzes Leben.

Noch vor der Pandemie meinte die WHO, dass die Menschheit auf eine Katastrophe zusteuert, verursacht durch Infektions- und Zivilisationskrankheiten. Und die Pharmaindustrie verweigert Forschung und Entwicklung von neuen Antibiotika?

Schlagwort - multiresistente Keime.

Ja Antibiotika muss man auch richtig einsetzen - nicht bei Tierzucht und bei richtigen Diagnosen bei Schnupfen nicht bei viralen- und Pilzkrankungen. Diese benötigen Sonderbehandlungen.

Zurück zur Pandemie.

Die Menschen sind heute dazu in der Lage, jede Erreger so zu manipulieren (genmanipulieren) oder sogar zu erzeugen(!), dass man diesen in jedem Teil der Erde zur Vernichtung anderer einsetzen kann. Horrorszenarium? Leider nein. Schaden vom deutschen Volk abwenden, Leben schützen, dazu muss die Regierung in der Lage sein, es darf Menschenleben nicht den Freiheitsrechten (GG) geopfert werden. Es geschah und geschieht immer noch! Zu spät, zu wenig, zu langsam.

Einige andere Aspekte:

* Krankenkassenbeiträge steigen, werden die auch wieder sinken?

* Leistungen werden gekürzt, das merkt man auch jetzt schon insbesondere chronisch und Schwerstkranke, werden sie überleben?

* Ärzte haben freie Hand, jetzt schon Behandlungen abzulehnen, Nichtbehandlungen und Falschbehandlungen zu vertuschen

* Was passiert bei „Triage“?

* Ja, die Kosten steigen, aber Tote verursachen keine Krankheits- und Pflegekosten, keine Rentenkosten mehr...

* Die Toten mahnen uns...

* Das Land braucht den Wechsel, „Die Linke“ kann dazu auch beitragen!

Die Chance nutzen!

Ich bringe mich auch ein!

P.S. Ich habe mich ganz bewusst diesem aktuellen alles beherrschenden Thema zugewandt. Ja, wir brauchen viele Hände, viele Füße, viele Köpfe mit Ideen, Anregungen, Infos u. v. m.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Mai Geburtstag haben.



8. Mai: Tag der Befreiung!

Am 8. und 9. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands.

Damit endete vor allem das massenhafte Morden in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern, insbesondere die Shoah. Wir sind den alliierten Truppen und den antifaschistischen Partisan:innen heute zum Dank verpflichtet.

Ohne die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und die USA hätte der deutsche Faschismus nicht gestoppt werden können. Der 8. Mai ist deshalb der Tag der Befreiung, die von außen kommen musste. Diese Befreiung können und sollten wir als Antifaschist:innen feiern, aber auch die unzähligen von den Nazis Ermordeten, Gefolterten und Vertriebenen niemals dabei vergessen!

Es ist eine Schande, dass der 8. Mai bis heute kein Feiertag auf Bundesebene ist. Gemeinsam mit dem VVN-BdA fordern wir daher:

Der Tag der Befreiung muss ein offizieller Feiertag werden - als Symbol für die Schrecken des Nationalsozialismus, als Dank an die Sieger:innen und als gesellschaftliche Mahnung.

12. Mai: Gedenken an die Bücherverbrennung

Am 10. Mai 1933 verbrannten überall im damaligen Deutschen Reich Bücher von Autor:innen, die die NS-Ideologie vorher zu vermeintlichen „Volksfeinden“ erklärt hatte. Jüdinnen und Juden, Sozialist:innen, Kommunist:innen, Liberale, Sexualaufklärer:innen und Pazifist:innen fanden sich auf den „Schwarzen Listen“, die überall im Reich kursierten. Auch Halle war als Universitätsstadt davon betroffenen. Am 12. Mai 1933 - mit zwei Tagen Verzögerung aufgrund des Wetters - brannte auch auf dem hiesigen Universitätsplatz der Scheiterhaufen. Das war ein Auftakt: Die Autor:innen wurden zu dem Zeitpunkt bereits verfolgt oder sollten es bald werden. Die faschistische Volksgemeinschaft ging immer härter gegen vermeintliche oder tatsächliche Gegner:innen vor und hatte dabei Unterstützung von Professoren, Studierenden und anderen Hallenser:innen. Heute zeigt uns das, dass es überall eine antifaschistische Grundhaltung braucht und formale akademische Bildung eben nicht vor Menschenfeindlichkeit schützt. Deshalb wird auf dem Universitätsplatz am 12. Mai 2021 an die Verbrechen des NS-Regimes und die Verfolgung der Autor:innen gedacht.



amazon

**Damit am Ende
die Richtigen zahlen.**

DIE LINKE.

Die meisten Menschen blicken wegen der Pandemie voller Sorge in die Zukunft. Mit unserem Steuerkonzept werden die Reichsten an den Kosten beteiligt. Zum Wohle aller.

Rezension

Alexander Rahr. Anmaßung. Wie DEUTSCHLAND sein Ansehen bei den RUSSEN verspielt Das neue Berlin, Berlin 2021 ISBN 978-3-360-01376-7, 173 Seiten

Gabriele Krone-Schmalz vermerkt in ihrem Vorwort zu Recht, dass „in unserem Land in der Regel nur zwei Kategorien russischer Gesprächs- oder Interviewpartner zu Wort kommen: offizielle Regierungsvertreter und ausgewiesene Kremlkritiker“ (S. 8). Der Russlandexperte Alexander Rahr möchte diese Lücke schließen - ohne dabei anzugreifen oder zu beleidigen. Zweck des Buches sei vielmehr, „die Gefahren des konfliktgeladenen Entfremdungsprozesses für Deutschland darzustellen“ (S. 11).

2021 jähren sich zwei Jahrestage - zum einen zum achtzigsten Mal der Tag des Überfalls Adolf Hitlers auf die Sowjetunion, zum anderen zum zwanzigsten Mal der Auftritt von Wladimir Putin im Deutschen Bundestag, an dem er eine neue konstruktive Partnerschaft vorschlug. Es bleibt abzuwarten, wie mit beiden Tagen umgegangen wird...

Das vorliegende Buch gibt interessante Einblicke in das Gedankengut der Russen an Hand verschiedener Positionen - so einer Konfliktforscherin, eines Diplomaten, eines „standhaften Patrioten“, eines Deutschlandverstehers u.a.m.

Es beginnt mit Aussagen von Mitgliedern eines Jugendparlaments - durchgeführt als Meinungsumfrage von einer Coachin. Schon dort gibt es spannende Einblicke - und immer wieder die Feststellung, dass Deutsche wenig über die Geschichte Russlands, seine Wertvorstellungen und aktuellen Entwicklungen wissen. Europäische Werte seien vielfach der Maßstab für alles - dabei sei für viele Deutsche noch nicht einmal klar, ob Russland zu Europa gehöre. Sorgen mache

vielen Russen nicht die Ignoranz von Fortschritten in Russland, sondern vor allem die Abwertung bzw. Verächtlichmachung von Lebensleistungen (s. S. 34) - ein Gefühl, das Ostdeutschen bekannt sein dürfte... Neben den Ansichten von in Russland oder inzwischen in Deutschland lebenden Menschen (die der Autor wohlthuend unkommentiert lässt) entwickelt er auch darüberhinausgehende spannende Fragen wie z.B.: wäre ohne das überraschende Erscheinen Lenins (mit Unterstützung des deutschen Kaiserreiches in einem verplombten Zugwaggon) die Oktoberrevolution überhaupt ausgebrochen? (s. S. 49).

Die Kritik der Russen an der gegenwärtigen Politik Deutschlands fasst Rahr in 4 Punkten zusammen: 1. die Migrationspolitik Deutschlands führe für Russland auf Grund eigener ungelöster Probleme mit Arbeitsmigranten aus muslimischen Ländern Zentralasiens und Gastarbeitern aus dem Kaukasus zu weiteren Problemen 2. die massive deutsche Verurteilung der russischen „Wiedervereinigung“ mit der Krim 3. die Ablehnung seitens Deutschlands einer konkreten Zusammenarbeit mit Syrien und 4. westliche Interventionen im postsowjetischen Raum werden als feindseliger Akt betrachtet (vgl. S. 97-98). In diesem Zusammenhang wird vor allem die Ungleichbehandlung bestimmter Vorgänge betont - so z.B. heftige Kritik an „angeblichen Manipulationen“ von Wahlen durch Russland und die vergleichsweise ausgebliebene Kritik am Ausspionieren des Handys von Angela Merkel. Generell steht für die Russen - und A. Rahr - die Frage nach Prioritäten - wirtschaftliche Zusammenarbeit (z.B. bei der Nord-Stream-Pipeline) oder das Primat von Moral und Menschenrechten? (S. 122). Nicht nur diese Frage eröffnet spannende Diskussionen zum Buch und vor allem zur möglichen (Wieder)Annäherung von Russen und Deutschen.

Wichtiger Hinweis zu den Zuwendungsbescheinigungen

(Spenden und Mitgliedsbeiträge)

Auch dieses Jahr gibt es keine automatische Zusendung der Zuwendungsbescheinigung durch die Landesgeschäftsstelle. Wenn ihr sie per E-Mail erhalten wollt (und könnt) dann bitte eine formlose Email an: zuwendungen@dielinkes-lsa.de mit dem Satz, „Ich bin mit der Zusendung der Zuwendungsbescheinigung per Email an meine Emailadresse einverstanden. Bitte noch euren Namen und ggf. die Adresse mitschicken. Es ist auch dieses Jahr möglich, eine Übersicht eurer Mitgliedsbeiträge und Spenden im Linken Laden abzuholen oder euch per Post zusenden zu lassen. Bitte ruft vorher unbedingt bei uns an. Lydia und Dagmar kümmern sich um eure Anliegen, wie ihr zu euren Ausdrucken kommt.“

Telefonnummer: 0345/ 2025590 (Mo-Do 11:00-15:00 Uhr)

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 21./22./23.04.2021

43 Tagesordnungspunkte umfasste die dreitägige Landtagssitzung im April. Zahlreiche Anträge und Debatten zu sehr vielfältigen Themen hatte die Fraktion DIE LINKE eingebracht. Ein Schwerpunkt waren außerdem die Abschlussberichte der sechs Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und der Enquete-Kommission zur Gesundheitsversorgung und Pflege.

#Große Anfrage

Dreißig Jahre Sachsen-Anhalt in der Bundesrepublik

Anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung von Sachsen-Anhalt im Oktober 2020 hatte die Fraktion DIE LINKE eine Große Anfrage gestellt. Dabei ging es um einen Vergleich der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Einwohner*innen des Landes sowie eine Analyse der Entwicklungen, die das Land seit der Wiedervereinigung durchlaufen hat. Die Antworten der Landesregierung zeigen, dass auch nach drei Jahrzehnten immer noch gravierende Unterschiede und Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West bestehen.

Dazu sagte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern: „Die friedliche Revolution 1989 jährt sich zum 32. Mal und es wichtig, dass wir eine ehrliche Bilanz ziehen, [...]. Ostdeutschland und damit auch Sachsen-Anhalt spielte und spielt nach wie vor für die Bundesregierung eine untergeordnete Rolle. [...] Was setzt unsere Landesregierung dagegen? In unregelmäßigen Abständen erklärt Ministerpräsident Haseloff, dass es zu wenig Ostdeutsche bundesweit in Führungspositionen gibt, fordert gar eine Ost-Quote [...] Bloßes wiederholtes Anprangern in den Medien hilft jedoch nicht. Konkrete Taten sind gefragt.“ Es brauche einen respektvollen Umgang mit den Menschen in Ostdeutschland. Ziel der Linken sei es, dass solche Missstände der Vergangenheit angehören und Gerechtigkeit zwischen Ost und West und gern auch zwischen Nord und Süd hergestellt werde. „Wir brauchen endlich Lohn- und Rentengerechtigkeit, vielfältige Karrierewege und Identifikationsmöglichkeiten

für Ostdeutsche sowie eine wirksame Sicherung vor Armut in Familien und im Alter.“, sagte die Fraktionsvorsitzende.

Bleibe der Umgang mit Ostdeutschland so, finde kein Umdenken statt, werden die Menschen weiter abgehängt, werde sich Ostdeutschland weiter von demokratischen Werten entfremden. „Wir erleben derzeit einen erheblichen Vertrauensverlust in politische Entscheidungen. Im Osten ist dieser Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien noch erheblich höher. Arbeitnehmer*innen in Sachsen-Anhalt arbeiten bundesweit am längsten, zwei Stunden länger pro Woche, bekommen aber 6,16 Euro weniger als Westdeutsche in der Stunde. Das ist ein Skandal! [...] Immer noch steigt die Zahl derer, die von einem Job nicht leben können...“, so von Angern weiter. Auf unser Land role eine Lawine viel zu kleiner Renten zu. Daher lauten die Forderungen: höhere Löhne und eine höhere Tarifbindung, 13 Euro Mindestlohn bundesweit, eine große Steuerreform, die die Ärmsten entlastet und vor weiterer Armut schützt und die Reichsten und damit meine ich Multimillionäre und Milliardäre und die Gewinner der Pandemie, die es eben sehr wohl gibt, zur Kasse bittet. Wir fordern eine Kindergrund-sicherung im Bund und ein flächendeckendes Netz früher Hilfen in den Kommunen.

„Wir werden weiterhin thematisieren, welche Folgen es hat, dass knapp 700 Kilometer Schienen im Land stillgelegt worden, dass fast 100 Bahnhöfe und Haltepunkte geschlossen wurden, und dass hingegen dazu die Investitionen in den motorisierten Individualverkehr stetig steigen. Wir werden weiter thematisieren, dass ein sozialer Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt quasi nicht existiert. Wir werden die großen Verwerfungen im Gesundheitssystem thematisieren, die durch Privatisierungswahn entstanden sind. Außerdem werden wir in der nächsten Wahlperiode auch über die Personalpolitik in den Schulen, der Polizei und Landesverwaltung zu reden haben. Große Baustellen liegen vor uns. Wir müssen jetzt handeln!“, schloss die Fraktionsvorsitzende ihren Debattenbeitrag.

Die Fraktion DIE LINKE hat aufgrund der Ergebnis-

se der Großen Anfrage einen Antrag vorgelegt, in dem der Landtag der 7. Wahlperiode die nachfolgenden Landtage und Landesregierungen auffordern soll, sich zur Überwindung der Ost-West-Ungerechtigkeiten und der Wirtschaftskrise unter anderem folgenden Ziele zu setzen:

- * Lohnoffensive Ost, Niedriglöhne überwinden, Nulltoleranz-Politik bei Kinderarmut,
- * Abwanderung stoppen, ostdeutschen Nachwuchs fördern,
- * Ostrenten vor der Bundestagswahl zu 100 Prozent angleichen und Rentenniveau für alle anheben,
- * Bessere Verkehrsanbindung in ländlichen Regionen,
- * Gute Bezahlung für Pflege- und Gesundheitsberufe und bezahlbare Pflege,
- * Verödung der Innenstädte und des ländlichen Raums stoppen und
- * einen finanziellen Lastenausgleich in der Krise.

#Aktuell debattiert

Situation der Beschäftigten im Gesundheitswesen verbessern

Pflegebeschäftigte in allen Bereichen leisteten nicht erst seit der Corona-Pandemie eine verantwortungsvolle, physisch und psychisch anspruchsvolle Arbeit, die für die gesamtgesellschaftliche Daseinsvorsorge eine erhebliche Bedeutung habe, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Mit unserem Antrag fordern wir daher die Landesregierung unter anderem dazu auf, sich auf Bundesebene für allgemeinverbindliche Tarifverträge für Pflegebeschäftigte einzusetzen und eine einmalige Corona-Sonderzahlung für nichtärztliche Beschäftigte in der Gesundheitsversorgung in Höhe von 1 500 Euro auszureichen.

Die gleichzeitig zum Thema eingereichte aktuelle Debatte der Fraktion Die LINKE nutzte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern zu klaren Ansagen: „Mehr als 80.000 Menschen sind seit Ausbruch der Pandemie verstorben. Eine schreckliche Zahl, hinter jeder Zahl steht ein persönliches Schicksal, stehen trauernde Angehörige, denen ich mein Beileid ausspreche. Viele Erkrankte können durch die zügige Entwicklung von Impfstoffen gerettet werden. Hier bleibt unsere Forderung nach Freigabe der Impflizenzen, um mehr Menschen mit Impfstoffen versorgen zu können. Die Lebensretter*innen vor Ort sind aber die Ärzt*innen und Pflegekräfte. Ihnen gilt unser Dank, denn die Lage

ist ernst.

Die Probleme, [...], sind hausgemacht. Die Grundlagen wurden gelegt, als viele Kommunen sich von ihren Krankenhäusern trennen und privatisieren mussten. Privatisierung ist eben entgegen konservativer und vor allem neoliberaler Ansicht kein Allheilmittel. Mich stößt schon das Wort „Gesundheitsmarkt“ ab. Es geht um Profit und um nichts anderes!“

Die Beschäftigten, ihre Motivation und Leidenschaft mit klaren Anreizen wie bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und genügend Erholungszeiten müssten unterstützt werden. Deshalb fordert Fraktion DIE LINKE eine einmalige Corona-Sonderzahlung für Beschäftigte in der Gesundheitsversorgung von 1500 Euro, die auch weitere Bereiche wie die Beschäftigten in Senioren- und Pflegeeinrichtungen, die Eingliederungs- und Behindertenhilfe, MTAs, Beschäftigte der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Reinigungs- und Servicekräfte umfassen soll. „Wir benötigen dringend ein Umdenken in der Gesundheitspolitik: Es geht um die Gesundheit der Menschen und nicht um Profite!“, sagte Eva von Angern zum Abschluss.

#Gesundheitswesen

Enquete-Kommission legt Abschlussbericht vor

Nach mehr als zwei Jahren Tätigkeit beendete die 10. Enquete-Kommission „Die Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt konsequent und nachhaltig absichern!“ ihre Arbeit und legte den Abschlussbericht vor. Dazu wurde in vier Punkten Einigkeit erzielt und gemeinsame Empfehlungen abgegeben. So sollen bei der Entwicklung und Sicherung der medizinischen Versorgung insbesondere sektorenübergreifende Strukturen und Arbeitsweisen, digitale und telemedizinische Lösungen sowie die Notfallversorgung in den Blick genommen werden. Eine generalisierte Pflegeausbildung soll der Stärkung der Gesundheitsberufe dienen. Barrierefreier Zugang und Versorgung von Menschen mit Behinderungen müssen unbedingt weiterverfolgt und Handlungsempfehlungen zum künftigen Umgang mit Pandemien in Sachsen-Anhalt erarbeitet werden.

Trotzdem sah die Fraktion DIE LINKE zu diesen Punkten auch Differenzen und hat deshalb ein Sondervotum formuliert, z.B. zu Notwendigkeit einer stringenter Krankenhausplanung und -finanzierung. Auch die Idee der Schaffung eines Klinikverbundes unter

Beteiligung des Landes haben wir vorgebracht, um so auch private Krankenträger in die öffentliche Hand zurückführen zu können. Viele weitere Punkte umfassen die Vorschläge unserer Fraktion, die der Sprecher für Verwaltungsmodernisierung Swen Knöchel in seinem Debattenbeitrag unterbreitete. Zum Beispiel müsse das Land die Bestrebungen von Kommunen, die Praxisnachfolge im ländlichen Raum zu regeln, unterstützen. Für junge Ärzt*innen müssten realistische Arbeitsbedingungen geschaffen werden, so z.B. Teilzeitangebote, Stellensplitting, wirklicher Bürokratieabbau etc. Natürlich spielte auch die immer noch mangelhafte Digitalisierung im Land eine Rolle, sowohl beim Ausbau der Infrastruktur als bei der Klarheit von Strukturen und Zuständigkeiten.

#Links wirkt

Zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE wurden in zweiter Beratung im Plenum aufgerufen. Die Beschlussempfehlungen aus den Ausschüssen haben dabei die wesentlichen Grundforderungen unserer Ursprungsanträge aufgegriffen - ein Erfolg unserer Beharrlichkeit.

Förderung des europäischen Jugendaustausches

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE vom Mai 2019 sollte die Landesregierung aufgefordert werden, die Initiative „Europa erleben - Europa stärken!“ ins Leben zu rufen. Ziel der Initiative sollte es sein, dass spätestens 2025 möglichst jeder junge Mensch Sachsen-Anhalts die Chance erhält, mindestens einmal vor seinem 25. Geburtstag den Alltag in einem anderen europäischen Land miterleben zu können. Das Problem bei der Umsetzung bisher war laut der bildungspolitischen Sprecherin Monika Hohmann, dass in Sachsen-Anhalt für den internationalen Jugendaustausch eine Zuständigkeit verschiedener Ministerien bestehe, die oftmals nicht viel voneinander wüssten. Außerdem seien die Fördermöglichkeiten vorwiegend von den Gymnasien genutzt worden, während von den Sekundar- und den Förderschulen kaum Anträge gestellt wurden. Auch die Anforderungen für das Antrags- und Abrechnungsverfahren wären sehr hoch angesetzt.

Wenngleich zwei Punkte unseres Antrages in der Beschlussempfehlung nicht berücksichtigt wurden, so sehen wir die Chance, diese in der nächsten Legislaturperiode wieder aufzunehmen, sodass wir irgend-

wann sagen können: „Jeder junge Mensch, in Sachsen-Anhalt, ist wenigstens einmal in der Zeit bis zu seinem 25. Lebensjahr in Europa gewesen.“, sagte Monika Hohmann am Ende.

#Kinderarmut

Im Oktober 2020 hatte die Fraktion DIE LINKE beantragt, das Kompetenzzentrum der Wirtschafts- und Sozialpartner nach Auslaufen der Förderperiode auch im nächsten Förderzeitraum von 2021 bis 2027 weiterzuführen und mit mindestens 75.000 Euro jährlich vom Land zu unterstützen. Dieses Kompetenzzentrum ermöglicht den WiSo-Partnern eine Mitwirkung und Unterstützung in Bezug auf die drei EU-Fonds ESF, EFRE und ELER. Diesem Vorschlag sind die an der Beratung beteiligten Ausschüsse gefolgt. Dazu sagte die haushaltspolitische Sprecherin Kristin Heiß: „Dieser Antrag sorgte offenbar für Aufruhr in der Koalition. Das merkten wir erstens daran, dass er in vier Ausschüsse überwiesen wurde. Wirtschafts-, Europa, Sozial- und Finanzausschuss beschäftigten sich damit. Und zweitens, dass der Antrag zusätzlich auch noch im Koalitionsausschuss diskutiert wurde.“

„Das zeigt ja, dass wir offenbar ein wichtiges Thema angesprochen haben. Merken konnte man das auch daran, mit welcher Vehemenz sich das Finanzministerium gegen die Finanzierung des Kompetenzzentrum wehrte. 75.000 Euro für die WiSo-Partner heißen eben 75.000 Euro weniger für die EU-Verwaltungsbehörde im Finanzministerium. Fachlich ist das Aufbäumen nachvollziehbar, politisch nicht. Die EU hat ein Partnerschaftsprinzip etabliert, dass eben eine Partnerschaft mit vom Finanzministerium unabhängigen WiSo-Partnern vorsieht.“, so Kristin Heiß weiter.

#Ausbildung

Azubiticket

Bereits im Mai 2018 hatte die Fraktion DIE LINKE die Einführung eines landesweiten Azubitickets gefordert, mit dem die Fahrtkosten zum Ausbildungsbetrieb und zur Berufsschule sowie alle Studierenden Fahrtkosten zur Fachhochschule und Universität erstattet bekommen. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr sieht mehrheitlich den genannten Antrag aufgrund der bereits erfolgten Einführung des Azubitickets als erledigt. Dass dies dem Antrag jedoch nicht gerecht wird und die Fraktion

deshalb gegen die Beschlussempfehlung stimmt, erklärte die ausbildungspolitische Sprecherin Doreen Hildebrandt: „Sie haben gemerkt, dass unsere erste Forderung darin bestand, die Richtlinie, kurz RabAz, so zu ändern, dass alle Auszubildenden und Studierenden einen Anspruch auf Fahrkostenerstattung haben. Das ist nicht passiert. Unsere zweite Forderung war, die Schuljahrgänge 11 und 13 so zu stellen, dass sie den ÖPNV kostenfrei nutzen können. Das ist nicht erfolgt. Unsere dritte Forderung war, das Azubi-Ticket einzuführen. Das ist gelungen. Das freut uns auch sehr. Wir haben auch ein landesweites Ticket für Studierende gefordert. Das ist nicht passiert. Unsere vierte Forderung war, den ÖPNV auszubauen. [...] Aber auch da tut sich lange nichts.

Die Beschlussempfehlung, die Sie hier vorgelegt haben, behauptet jetzt, dass die Forderungen erledigt sind, weil das Azubi-Ticket eingeführt worden ist. Das ist so, als wenn ich einen Pubertierenden auffordere, sein Zimmer aufzuräumen, und der feiert sich dafür, dass er seine dreckigen Socken in die Wäsche getragen hat. [...] Wir werden weiter dafür einstehen, dass es endlich Gerechtigkeit bei den Fahrtkosten für Schülerinnen, für Azubis, für Berufsschülerinnen, für Studierende und für Freiwilligendienstleistende gibt.“

#Attentat in Halle

Unzureichende Aufarbeitung im 19. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Als einer von sechs parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA) legte auch der 19. PUA seinen Abschlussbericht vor. Aufgrund der geringen Zeit zwischen Abschluss der Untersuchungen bis zur Berichterstattung im Landtag hat die Fraktion DIE LINKE kein Sondervotum vorgelegt, sondern ihre Einschätzung der Ergebnisse im Nachgang in einem eigenen ausführlichen Bericht erörtert.

Die Sprecherin für Innenpolitik und Strategien gegen Rechts Henriette Quade kritisierte in der Aussprache zum Bericht erneut Instrument und Vorgehensweise: „Für meine Fraktion war von Beginn an klar: Dieser Untersuchungsauftrag ist grundsätzlich nicht geeignet, den Anschlag von Halle aufzuarbeiten. Einerseits weil Fragen der Arbeit der Sicherheitsbehörden, Strukturen, Analyseinstrumente und Schlussfolgerungen grundsätzlich im Innenausschuss zu bearbeiten sind. Andererseits weil der Untersuchungsauftrag die zentralen Fragen ausgeklammert: Die der Motivation des

Täters und der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen rechten Terrors und natürlich ist es kein Zufall, dass die extrem rechte AfD aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten diesen wesentlichen Aspekt nicht untersuchen wollte. Die AfD-Fraktion hat diesen Ausschuss benutzt, um sich in widerlicher Weise als Beschützerin von Jüdinnen und Juden zu inszenieren, während Teile der Fraktion dieselbe rechtsextreme Ideologie vom ‚großen Austausch‘ verbreiten, wie der Attentäter, der versuchte die Betenden in der Synagoge in Halle zu ermorden.

Meine Fraktion hat die Arbeit im Ausschuss trotz der offensichtlichen Defizite und Fehlkonstruktionen sehr ernst genommen und aktiv mitgestaltet. Der eigentliche Erkenntnisgewinn fand für uns allerdings im Prozess statt. Es waren die Nebenkläger*innen, die diesen Prozess aktiv gestaltet haben. Die Tiefe ihrer Analysen, insbesondere auch der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von rechtem Terror, stehen im deutlichen Gegensatz zur Tiefe der Reflektion in den Behörden.

Festzustellen ist zudem ein erheblicher Darstellungsunterschied zwischen Polizei und Betroffenen in Bezug zum Umgang mit den Überlebenden des Anschlags. Dazu wäre viel zu sagen, zusammengefasst hat es Rabbiner Borovitz mit dem Satz: ‚wir fühlten uns eher als Verdächtige behandelt, als die Opfer, die wir waren‘. Die Einsatzleitung sprach indes von einem problemfreien Ablauf und dass sie von Problemen erst durch Presseberichte erfahren habe. Das spricht für ein erhebliches Wahrnehmungs- und Kommunikationsdefizit, das bis heute nicht behoben ist. Die Feststellungen im Bericht zur Opferarbeit des Innenministeriums konnten jedenfalls von den im Ausschuss gehörten Betroffenen nicht geteilt und nachvollzogen werden.“

DIE LINKE will daher auch in der 8. Wahlperiode zentrale Fragen zum Anschlag weiter aufarbeiten und setzt sich für eine Enquetekommission ein, die Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft und die Entwicklung rechter Gewalt und rechten Terrors behandelt.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL)

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im April 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.